

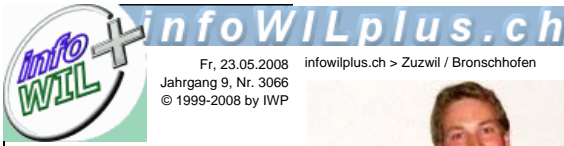
SVP: Keine Spaltung

Die Opposition wird beschlossen und die Bundesräte ausgeschlossen.
www.wahlen.20min.ch

Beckenried

Wahlen 2008 Das Beste für Beckenried
beckenried.com

Google-Anzeigen



Fr, 23.05.2008 infowilplus.ch > Zuzwil / Bronschhofen
Jahrgang 9, Nr. 3066
© 1999-2008 by IWP

Schnellzugriff



- :: WIL
- :: UZWIL
- :: FLAWIL / DEGERSHEIM
- :: OBER- / NIEDERBÜREN
- :: NIEDERHELFENSCHWIL
- :: ZUZWIL / BRONSCHHOFEN
- :: ZUZWIL - JUBI 08: Willkommgruss von Gemeindepräsident Roland Hardegger
- :: ZUZWIL - Zuzwiler SVP thematisierte Abstimmungsvorlagen
- :: ZÜBERWANGEN - Die Happy-Singers begeisterten
- :: BRONSCHHOFEN - Kunterbuntes Miteinander aller Kulturen
- :: BRONSCHHOFEN - Bronschhofen feiert seinen ersten Regierungsrat
- :: ZUZWIL - Ein Fest für die ganze Bevölkerung
- :: ZUZWIL - Neuer Glanz für Zuzwiler Pfadiheim
- :: ZUZWIL - Gott als Grundmelodie des Lebens
- :: ZUZWIL - Musik begleitet durch das Leben
- :: ZUZWIL - Zuzwiler CVP begrüsst ihren Regierungsratskandidaten
- :: ZUZWIL/WIL/NIEDERGLATT - Landi lädt zum Frühlingsstart ein
- :: ZUZWIL - Rico Bischof wird neuer Bankpräsident
- :: OBERUZWIL / JONSWIL
- :: REGION
- :: ÜBER IWP



Nationalrat Lukas Reimann will die Abstimmungsinformationen seitens des Bundes abgeblockt haben.



Seitens der SVP Zuzwil eröffnete Köbi Grob die Versammlung.

Zuzwiler SVP thematisierte Abstimmungsvorlagen

Nationalrat Lukas Reimann begründete in seinem Referat die SVP-Initiativen „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ und „Einbürgerungen an der Urne“.

22.05.2008, Niklaus Jung

Am 1. Juni entscheidet die Schweiz unter anderem über zwei SVP-Initiativen, welche einschneidenden Charakter haben. Lukas Reimann, SVP Nationalrat, stellte am Mittwoch bei der SVP Zuzwil die Beweggründe vor, weshalb die beiden SVP-Initiativen „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ und „Einbürgerungen an der Urne“ ein Ja verdienen.

Nationalrat Lukas Reimann hatte bei den rund 20 SVP Mitgliedern in der Scheune des Restaurants Kreuz in Zuzwil zur Befürwortung der Vorlagen keine Widerrede zu erwarten. Mit seinen vorgebrachten Bedenken zur heutigen Situation bei der Behördenpropaganda wie der Einbürgerungspraxis hatte er das Publikum schnell auf seiner Seite.

Behördenpropaganda gehört abgeblockt

Was die Gegner der SVP-Initiative als Ausbebelung von Bundesrat und Parlament sehen, wird bei der SVP als Ausbebelung des Volkes ausgelegt. Lukas Reimann kritisierte die millionenschwere Propagandawelle bei Abstimmungen seitens des Bundesrates. Er informierte dazu über zahlreich eingesetzte Broschüren, Computerpräsentationen und gar Videos, welche von hunderten von Beratern und Werbebüros im Auftrag des Bundes hergestellt werden. Der Bundesrat habe sich neutral zu verhalten, Propaganda sei Sache von Verbänden und Parteien.

Reimann konnte auch dem Gegenvorschlag des Bundesrates nichts abgewinnen, zukünftig stärker die Meinung des Parlamentes bekannt zu machen. Der Gegenvorschlag kommt bekanntlich bei Ablehnung der SVP Initiative zur Abstimmung. Lukas Reimann schiebt der Behördenpropaganda auch die Schuld zahlreicher abgelehnter Vorlagen der SVP zu. Nach Reimann gilt es die Macht des Staates einzuschränken und die Meinung des Einzelnen zu stärken.

Einbürgerungen an der Urne, ohne Rekursmöglichkeit

Den Ausführungen von Lukas Reimann folgend, geht es ihm grundsätzlich um die Reduktion der Einbürgerungen. Es gehe noch etwa 20 bis 30 Jahre, bis die Schweizer von den eingebürgerten Ausländern überstimmt würden. Zum Ersten soll die Initiative den Entscheid der Bürgerschaft definitiv machen, eine Rekursmöglichkeit soll ausgeschlossen sein, Begründungen sind nicht nötig.

Nach Reimann ist das Thema mit der Abstimmung nicht abgeschlossen, es gehöre weitergehend auch das Doppelbürgerrecht abgeschafft. Seine Initiativen bisher, Einbürgerung auf Probe, oder auch Verschärfung der Kriterien seien allesamt abgelehnt worden. Mit den angeführten Beispielen von schlecht abgeklärten Einbürgerungen erreichte Reimann in der Diskussion einhellige Zustimmung zur Vorlage. Der Begriff „Willkür“, wenn eine Ablehnung der Einbürgerung unbegründet daher kommt, war dabei kein Thema.

Widmer-Schlumpf gehört ausgeschlossen

Das Hintergehen der Partei in der Absprache mit den Linken ist nach Reimann der Grund, die Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf aus der Partei auszuschliessen. War sie als Regierungsrätin in Graubünden noch genehm, findet man nun zahlreiche Gegensätzlichkeiten gegenüber der SVP Meinung. Reimann wies dazu darauf hin, dass die Bundesrätin in 27 von 29 Themen sich gegen die SVP-Meinung verhalte.

Bei der SVP, so die Stellungnahme Reimann's, will man mit dem Ausschluss der Bundesrätin erreichen, dass sie als Parteilose in vier Jahren sicher nicht mehr wählbar ist, ansonst das Parlament die Konkordanz definitiv verletzen würde.

